

49 Prozent

Mein Sohn kriegt ein Handy, aber süchtig bin ich



Patrick Imhasly

Mein älterer Sohn ist in diesen Tagen ungewöhnlich anschnieg-sam. Immer wieder umarmt er mich, streicht mir zärtlich über den Kopf und fragt mich abends, wie es im Job gelaufen sei. Ich habe stets gedacht, Söhne entzögen sich ihren Vätern emotional, wenn sie älter würden. Mein Sohn hat gerade seinen 12. Geburtstag gefeiert und schon vor einer Weile zum Sprung in die Pubertät angesetzt. Plötzlich aber fällt es mir wie Schuppen von den Augen: Seine Anhänglichkeit kommt kaum von ungefähr. Sie ist eher in der Aussicht begründet, dass diese Woche sein grösster Wunsch in Erfüllung geht: Als Geburtstagsgeschenk erhält er von uns Eltern sein erstes eigenes Handy.

Lange konnten wir seine Sehnsucht nach einem eigenen Smartphone sublimieren – und vertrösteten ihn auf jene tolle Zeit, wo er reif dafür sein würde. Als der 12. Geburtstag aber näher kam, brachen alle Dämme. Gut zureden half nicht mehr. Jetzt mussten Taten folgen. Das ist völlig in Ordnung: In seiner Schule hat es sich eingebürgert, dass die Kinder ab diesem Alter ein Handy zur

Verfügung haben. Und ich bin nicht ganz unglücklich darüber, dass die Whatsapp-Anrufe seiner Kumpels künftig nicht mehr über mein Gerät laufen.

Erste Erfahrungen in diese Richtung haben wir mit einem Familien-iPad gemacht, das natürlich fast nur von den beiden Söhnen genutzt wurde. Das war manchmal verdammt mühsam, etwa dann, wenn die beiden auch nach fünfmal rufen nicht zum Essen an den Tisch kamen. Und wenn der Ältere vor allem deshalb morgens zügig aufstand, weil er noch vor dem Frühstück auf dem iPad die Zusammenfassung der Fussballspiele vom Vorabend schauen wollte, war der harmonische Einstieg in den Tag futsch. Des Öfteren ist es zu einem Katz-und-Maus-Spiel zwischen meiner Frau und dem Älteren gekommen: Sie hat das iPad vor ihm versteckt und er es vor ihr.

Und doch mag ich in das allgemeine Wehklagen über den Umgang der Kinder mit diesen elektronischen Geräten nicht einstimmen – und noch viel weniger den Untergang des Abendlandes beschwören. Wenn Kommunikationswissenschaftler behaupten, Messaging ersetze die Sprache und die Jugendlichen verlernten, aus einer Stimme die Gemütslage eines Menschen abzuleiten, halte ich das für völlig übertrieben. Warum sollte Chatten die Gabe zum Entwickeln von Empathie zerstören? Schlicht unseriös sind für mich Prognosen von Ärzten, die behaupten, eine Smartphone-Nutzung von mehr als einer halben Stunde täglich führe unweigerlich zu Problemen wie Konzentrations-



Warum sollte Chatten die Gabe zum Entwickeln von Empathie zerstören?

schwäche oder Hyperaktivität. Träfe das zu, wären die meisten Jugendlichen schon heute total gestört.

Es geht darum, die Kinder zum sinnvollen Gebrauch des Smartphones zu befähigen, sie Selbstkontrolle und das Setzen von Prioritäten zu lehren. Das ist leichter gesagt als getan – in unserer Familie scheitern wir im Kleinen fast jeden Tag an diesem Anspruch. Trotzdem: Die Kinder fit zu machen für die Herausforderungen, die das Leben mit sich bringt – das ist die zentrale Aufgabe jeder erzieherischen Arbeit, ob das nun die klassische Sozialkompetenz oder das Verhalten in sozialen Netzwerken betrifft. Wir stecken mitten in einem Wandel der Leitmedien. Meine Generation ist mit dem Fernsehen gross geworden. In der Primarschule habe ich heimlich durch den Türspalt die Fahndungsserie «Aktenzeichen XY... ungelöst» geschaut. Danach konnte ich nicht einschlafen, bin aber keineswegs für mein ganzes Leben traumatisiert worden. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass auch unsere Kinder ihren Weg gehen, trotz den Verlockungen auf den Kanälen ihrer Youtube-Stars.

Das grösste Problem in unserer Familie ist sowieso, dass ich als Vater besonders süchtig bin nach dem Smartphone. Ich habe jetzt ein neues Gerät gekauft, und mein Ältester bekommt mein altes Handy. Vielleicht kann ich ja dereinst von ihm lernen, wie man mit diesem Gerät vernünftiger umgeht.

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».

Alles, was Recht ist

Wir sollten die Richterposten verlosen



Markus Felber

Richter müssen für ihr Amt legitimiert und qualifiziert, aber gleichzeitig auch unabhängig sein. Die hierzulande übliche politische Wahl aufgrund der Parteizugehörigkeit verleiht den Richtern eine solide demokratische Legitimation. Die fachliche Qualifikation gewährleistet sie nicht. Total auf der Strecke bleibt die richterliche Unabhängigkeit, wenn die Kandidaten sich einer Partei anschliessen und sich alle paar Jahre einer Wiederwahl stellen müssen.

Diese auch bei der Wahl ins Bundesgericht spielende Selektion erinnert fatal an eine Bananenrepublik. Parteien vergeben die ihnen «zustehenden» Sitze an Gesinnungsgenossen, die dafür jedes Jahr einen beachtlichen Obolus in die Parteikasse zahlen. Das ist zwar vermutlich kein strafbarer Ämterkauf, aber im Ergebnis ein Leasing von Richtersesseln.

Rechtsstaatlich noch problematischer ist, dass Bundesrichter sich alle sechs Jahre einer Wiederwahl stellen müssen und daher bei heiklen Entscheidungen bewusst oder unbewusst auf das Parlament und die eigene Partei schielen. Damit ist die richterliche Unabhängigkeit im Eimer. Dass tatsächlich noch nie ein Bundesrichter wegen seiner Rechtsprechung abgewählt wurde, zeigt nur, dass der vorsehende Gehorsam spielt.

Remedur zu schaffen, wäre einfach: Es braucht ein Gremium, das Kandidaten auf Herz und Nieren prüft. Aus dem Kreis der so für gut genug Befundenen kann dann getrost ausgelost werden, wer Bundesrichter wird und es bis zum Rentenalter bleiben darf. Sollte sich zeigen, dass er seinem Amt zuvor schon nicht mehr gewachsen ist, muss ein rechtsstaatliches Amtsenthebungsverfahren greifen.

In diese richtige Richtung zielt eine Volksinitiative, die in den nächsten Tagen vorgestellt wird. Es bleibt zu hoffen, dass sie den Segen von Volk und Ständen erhält – gegen den von links bis rechts geschlossenen Widerstand der politischen Parteien, die um ihre lukrativen Pfründen fürchten.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

Die E-Mail-Debatte

«Es braucht nur eine Superkraft: Nein sagen zu können»

Funktioniert das Milizsystem? Ja, sagt Andrea Caroni, wenn man sich beschränken kann. Mattea Meyer hingegen erklärt, wieso sie derzeit Berufspolitikerin ist

Andrea Caroni

Wir beide sind eidgenössische Parlamentarier, wir beide sind Eltern kleiner Kinder – und im schweizerischen Milizsystem gehen wir ja idealerweise auch noch einem Beruf nach. Funktioniert das eigentlich? Oder, etwas konkreter gefragt: Wie vereinbaren Sie Familie, Beruf, Politik und weiteres Engagement?

Mattea Meyer

Geschätzter Kollege, unser Familienritual am Sonntagabend sieht jeweils so aus: Terminkalender anschauen, ob der schieren Fülle erschrecken, nicht wissen, wie die Woche meistern, schlafen gehen. Und Mitte Woche merken, dass es ja doch irgendwie geht. Es ist ein Jonglieren zwischen Sitzungen, Büroarbeit, Pendeln, Kind betreuen, Haushalt machen und seltenen freien Momenten. Da geht es mir nicht anders als anderen jungen Müttern und Vätern. Aber daneben noch einem regulären Beruf nachzugehen, wie das sogenannte Milizsystem vorgaukelt? Unvorstellbar. Oder sind Sie Superman?

Andrea Caroni

Ich kenne dieses Ritual. Auch bin ich – seien Sie nicht enttäuscht – kein Superheld (oder ich darf Ihnen meine Geheimidentität zumindest nicht verraten). Trotzdem scheint es mir möglich, neben Familie und Politik auch noch einem Teilzeitberuf nachzugehen. Das würde ich sogar sagen, wenn ich keine Wonderwoman an meiner Seite hätte. Es bedarf allerdings der Disziplin. Wer jedem Lobbymandat nachrennen will oder an jedem Anlass bis zum Aufstehen bleibt, schafft es ohne übermenschliche Kräfte nicht. Es braucht nur eine Superkraft: Nein sagen zu können – idealerweise bei Lobbymandaten. Welche Superkraft wünschen Sie sich für Ihre Parlamentstätigkeit?

Mattea Meyer

Wollen Sie mir etwa mangelnde Disziplin unterstellen? Ich mache Dinge einfach gerne richtig – oder gar nicht. Und ich bin nicht

Debattierer



Mattea Meyer, 30, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Sie ist Co-Präsidentin der SP Winterthur und Co-Präsidentin der Sans-Papiers-Plattform Schweiz.



Andrea Caroni, 37, ist FDP-Ständerat aus dem Kanton Appenzel Ausser rhoden. Er arbeitet als Rechtsanwalt und ist Vizepräsident der FDP Schweiz.

eine von denen, die ihre Familie als Hobby bezeichnen, sondern nehme Betreuungspflichten wahr. Ich verzichte lieber auf einen Teilzeitberuf und brauche diese Zeit für Kommissionsarbeit, engagiere mich in Abstimmungskämpfen oder setze mich ausserhalb des Rates für Anliegen der Bevölkerung ein. Aber Nein sagen zu können, ist sicher kein schlechter Ratgeber. Ablehnen würde ich in jedem Fall ein Lobbymandat, bei dem ich meine Stimme gegen eine fürstliche Entschädigung «vergolden» lasse, wie dies viele unserer Kolleginnen und Kollegen machen. Es ist verführerisch, Verwaltungsratsmandate anzunehmen, die gut bezahlt und auch problemlos mit der Ratsstätigkeit vereinbar sind. Das schadet der Glaubwürdigkeit unserer Demokratie. Wir sind doch den Menschen verpflichtet und nicht einer Firma?

Andrea Caroni

Niemand unterstellt Ihnen mangelnde Disziplin. So wie Sie mir hoffentlich nicht unterstellen, meinen Job nicht richtig zu machen oder meine Familie als Hobby zu bezeichnen. Auch finden wir beide hochbezahlte Lobbymandate gleich problematisch und lehnen sie konsequent ab (das meinte ich mit «Disziplin»). Allerdings zielen Sie etwas einseitig auf Mandate der Privatwirtschaft, denn beispielsweise auch Gewerkschaften oder Umweltverbände können versucht sein, Politiker zu kaufen. In jedem Fall aber finde ich es problematisch, wenn junge Ratsmitglieder ihren Beruf aufgeben und – neben der Familie – nur noch für die Politik leben. Sie wollen zu Recht nicht von Lobbys abhängig sein. Aber sind Sie es nicht von der Politik?

Mattea Meyer

Es freut mich, dass Sie lukrative Lobbymandate ebenfalls ablehnen. Im Unterschied zu Ihnen will ich aber, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier offenlegen müssen, wie viel sie für ein Mandat erhalten. Dann wäre zum Beispiel von Beginn weg bekannt

gewesen, dass SVP-Nationalrat Jürg Stahl für sein Amt als OK-Präsident von Sion 2026 120 000 Franken bekommt und SP-Ständerat Hans Stöckli für sein Vizepräsidium 90 000 Franken. Sie tun so, wie wenn es etwas Verwerfliches wäre, «nur» Nationalrätin zu sein. Die Ratskolleginnen und -kollegen, die wirklich noch einen Beruf ausüben, lassen sich fast an einer Hand abzählen. Die meisten haben Verwaltungsratsmandate oder eine sogenannte Beratungsfirma mit wenigen Aufträgen. Ich stehe dazu, zurzeit Berufspolitikerin zu sein. Es ist illusorisch, im Nationalrat zu sitzen, die Hausarbeit mit dem Partner zu teilen und noch berufstätig zu sein. Wäre es nicht an der Zeit, uns einzugestehen, dass das Milizparlament ein Trugschluss geworden ist?

Andrea Caroni

Entscheidend ist, dass Parlamentarier angeboten müssen, ob ihre Mandate ehrenamtlich oder entgeltlich sind. Das ist ein qualitativer Unterschied – wer nichts erhält, schuldet auch nichts und bleibt unabhängiger. Dies brachte ich im Ständerat mit Erfolg ein. Das exakte Entgelt kennen zu wollen, finde ich jedoch voyeuristisch. Es gibt auch durchaus Parlamentarier, die neben der Politik einem normalen Broterwerb nachgehen, der nicht getarntes Lobbyieren ist. So arbeite ich «apolitisch» noch als Anwalt und Dozent. Ich räume aber ein, dass das nicht mit jedem Beruf gleich gut geht und auch, dass es schwierig ist, daneben auch noch die Familienarbeit hälftig zu teilen, wie Sie es tun. Dazu müsste man in der Tat Superman oder Wonderwoman sein.

Mattea Meyer

Die Höhe eines Entgelts zu kennen, ist nicht einfach nur voyeuristisch, wie Sie das nennen. Der konkrete Betrag, den man für ein Mandat erhält, spielt durchaus eine Rolle. Es ist eben ein wesentlicher Unterschied, ob jemand für ein Mandat 6000 Franken pro Jahr erhält oder mit 150 000 Franken jährlich gelockt wird.

Strittis Schlagzeile

Zur Abstimmung über die Nutzung von Zürichs grösstem Platz.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.